

## Gleisausbau schreckt Bahnärm-Initiative

### Heftige Debatten in der Sitzung der Verkehrsdeputation über Anmeldungen zum Bundesverkehrswegeplan

„Der Senat will noch mehr Güterzüge mit den durch Bremen.“ Mit dem Vorwurf hat sich die Bahnärm-Initiative gestern in der Sitzung der Verkehrsdeputation zu Wort gemeldet. Dort standen Bremens Anmeldungen für den Bundesverkehrswegeplan 2015 auf der Tagesordnung. Und die waren offenbar erklärungsbedürftig.

VON FRAUKE FISCHER

**Bremen.** Gleich zwei Bürgerinitiativen haben gestern in der Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau und Verkehr Rederecht bekommen. In beiden Fällen ging es um Verkehrsprojekte, die Bremen für den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015 angemeldet hat, um Geld vom Bund dafür zu bekommen. Die Bürgerinitiativen A 281 hatte schon im Vorfeld ihren Ärger bekundet, Bremen würde beim Bau der B6n von der beschlossenen Tunnelvariante unter dem Flughafen abweichen. Und die Bahnärm-Initiative fürchtet mehr Lärm durch mehr Güterzüge im Bremer Hauptbahnhof.

Kürzere oder sogar längere Debatten zu höheren Friedhofsgebühren oder zur vierten Ampel an der Richard-Boljahn-Allee hatten einige Deputierte vor der gestrigen Sitzung im Ansgaritorsaal erwartet. Doch ausgerechnet die Anmeldungen zum BVWP 2015, die die Deputierten zur Kenntnis nehmen sollten, wurden im voll besetzten Saal diskutiert. Im Fokus der Bahnärm-Initiative: Die Ausbauprojekte im Schienenverkehr. Sie fürchtet, damit würde buchstäblich aufs Gleis gebracht, was sie unbedingt verhindern will: mehr Güterzüge und damit mehr Lärm.

#### Initiative in neuer Sorge

Die Debatte über die Zahl der Güterzüge, die bereits durch den Bremer Hauptbahnhof fährt und nach der sogenannten Ertüchtigung, dem Ausbau des Gleisnetzes, fahren könnte, ist schon etliche Jahre lang. Forderungen von betroffenen Bürgern nach Lärmschutzmaßnahmen und Alternativstrecken vor allem für den erwarteten, zunehmenden Güterverkehr durch die Inbetriebnahme des Jade-Weser-Ports richten sich seitdem an die Bahn und den Senat. Wer an der Bahnstrecke wohnt wie Walter Ruffler, der neben Rainer Böhle und Ute Helmers zu den Unterzeichnern der jüngsten Protestmitteilung der Bahnärm-Initiative gehört, fürchtet mehr, vor allem nächtlichen, Lärm durch zusätzliche Güterzüge.

Geplant sind zusätzliche Gleise auf bestehenden Strecken, unter anderem über Bremen-Burg nach Bremerhaven. So steht es in den BVWP-Anmeldungen. Ein drittes Gleis auf dieser Strecke oder auch Richtung Verden solle aber, so die grüne Bürgerschaftsabgeordnete Maïke Schaefer, nicht vorrangig mehr Kapazitäten für den Güterverkehr bringen, sondern den Perso-



Während die Bahnärm-Initiative fürchtet, dass der Streckenausbau in und um Bremen mehr Güterzüge aufs Gleis bringt, sehen Befürworter der Pläne Vorteile für Pendler und andere Bahnfahrende, weil Personenzüge verlässlicher in kürzerem Takt fahren könnten.

nennverkehr verbessern. Bahnfahrende würden profitieren, wenn Güterzüge durch die Entlastung verlässlicher ihren 15-Minuten-Takt einhalten könnten und nicht so häufig für Güterzüge stoppen müssten.

„Dass durch die Inbetriebnahme des Jade-Weser-Ports mehr Verkehr erwartet wird, ist lange klar“, sagte Schaefer. Für sie steht aber außer Frage, dass die jetzige Anmeldung nicht bedeute, Alternativstrecken wie die vielfach zitierte Strecke Oldenburg – Cloppenburg – Osnabrück nun nicht mehr zu prüfen. Das bekräftigte sie ebenso wie ihr Parteikollege Ralph Saxe in der Deputationsitzung. Rückendeckung bekam die Bahnärm-Initiative vom SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Arno Gottschalk. Er hätte erwartet, dass die Alternativ-Strecke auch in den Anmeldungen auftaucht. „Ich bin mit dieser Form nicht zufrieden“, kritisierte er die Verwaltung.

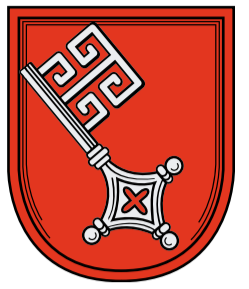
Für diese machte Gunnar Polzin, Leiter der Verkehrsabteilung in der Behörde, indes deutlich, dass es „drei wesentliche Mo-

tivationen für die Anmeldungen“ gebe: Lärmentlastung, Trassen für den Personennahverkehr und „eine leistungsfähige Anbindung der Seehäfen“. Diesen sollten die Anmeldungen Rechnung tragen und außerdem Aussicht auf Aufnahme in die Prioritätenliste des Bundes haben. Und der würde eine „nüchterne, volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung“ vornehmen.

Die Bahnärm-Initiative versteht nicht, warum Bremen nicht einfach die niedersächsische Anmeldung für den Ausbau der Cloppenburg-Strecke mittrage. Bereits in der März-Sitzung der Bürgerschaft sei festgestellt worden, dass Lärm krank macht und Bremen entsprechende Konsequenzen daraus ziehen müsse. Ruffler und seine Mitstreiter vermissen nun eine eindeutige Haltung des Senats gegen Lärm- und Güterverkehrssteigerungen.

Um die Beweggründe für die Anmeldungen zum BVWP nachvollziehbarer zu machen, werde die Verwaltung, so Verkehrs-senator Joachim Lohse (Grüne), Bürgern

und Beiräten betroffener Stadtteile diese noch einmal vorstellen. Um die Ängste der Bürgerinitiativen A 281 zu zerstreuen, entschloss sich die Deputation zudem, dem Beschluss zur Kenntnisnahme der BVWP-Anmeldungen eine Änderung anzufügen. Der Senat wird damit aufgefordert, dem Bund gegenüber den Bürgerschaftsbeschluss zur Untertunnelung deutlich zu machen und damit die aus Bremer Sicht einzig realisierbare Variante der B6n zu betonen.



Wer für andere bittet, hat, wie mir scheint, die Zuversicht eines Menschen, welcher Gerechtigkeit fordert. Wenn man dagegen für sich selbst spricht und handelt, so ist man verlegen und verschämt wie einer, der um eine Gnade bittet.

JEAN DE LA BRUYÈRE (1645-1696)

#### TACH AUCH

## Null Alkohol

VON MONIKA BANNAS

Informationen darüber, ob jemand Alkohol getrunken oder Zigaretten geraucht hat, sind für Ärzte mitunter nicht nur nützlich, sondern auch wichtig. So füllte neulich ein Chirurg einer Patientin den Fragebogen für die Unfallversicherung aus. Auf die Frage nach Alkohol oder Drogen im Zusammenhang mit dem Unfall antwortete sie: „Gott nein, es war etwa neun Uhr morgens, da hatte ich natürlich noch keinen Alkohol getrunken.“ Der Chirurg macht seinen Job nicht erst seit gestern. „Sie glauben ja gar nicht, wie viel Restalkohol manche Leute um diese Zeit noch im Blut haben. Aber ich habe sowieso noch keinen erlebt, der diese Frage mit ja beantwortet hätte“, kommentiert er.

Auch als Herbert einen medizinischen Eingriff vornehmen lassen muss, stellt der Arzt Fragen nach dem Gebrauch spezieller Genussmittel, nach Alkohol und Zigaretten. Herbert verneint beides. Der Anästhesist lebt wie Herbert im „Viertel“, wo das Duzen geläufiger ist als das Siezen – und hat wenig Vertrauen in Herbert. Seine Antwort: „Lüg nicht!“

## Neues Finanzloch bei städtischen Kliniken

### Computer-Panne: Abrechnungen mit den Krankenkassen bleiben liegen / CDU fordert Aufklärung

VON JÜRGEN HINRICHS

**Bremen.** Bei den vier städtischen Krankenhäusern steht es Spitz auf Knopf. Allein im vergangenen Jahr wurde im Klinik-Verband Gesundheit Nord (Geno) ein Minus von 34 Millionen Euro angehäuft. Und nun das noch: Weil es Probleme mit den Computern gibt, hinken die Krankenhäuser mit ihren Abrechnungen hinterher. Akut fehlen 15 Millionen Euro, wie Geno-Sprecherin Karen Matiszick gestern bestätigt hat.

Es sollte ein weiterer Schritt zur Zentralisierung sein – ein gemeinsames Computersystem für die gesamte Verwaltung der vier kommunalen Kliniken. Doch wie sich jetzt herausstellt, hat die neue Technik nicht die erhofften Einsparungen gebracht, sondern im Gegenteil hohe Kosten verursacht. Die CDU-Fraktion in der Bürgerschaft hat deswegen bereits Konsequenzen gefordert. „Es ist nicht so gelaufen, wie wir uns das vorgestellt hatten“, sagt Matiszick. Aus vier getrennten Computersystemen sollte eines werden, um die Abläufe im Verwaltungsapparat zu verschlanken und Effizienz zu gewinnen. Eine komplizierte Aufgabe, die zunächst offenbar nicht gelöst werden konnte.

„Der Start war sehr holprig“, räumt Matiszick ein. Dabei habe es vor dem 4. März, als das neue System drei Monate später als geplant in Betrieb ging, diverse Probeläufe gegeben. „Zuletzt hatten alle Verantwortlichen den Eindruck, dass wir loslegen können. Das war offensichtlich eine Fehleinschätzung“, so die Geno-Sprecherin. Mittlerweile seien zwar die meisten Probleme gelöst, es werde aber sicher noch Monate dauern, bis das Computersystem störungsfrei laufe. „Wir arbeiten mit Hochdruck daran.“ Bei den stationären Diensten und in den Tageskliniken laufe alles wieder normal, nur in den Ambulanzen sei es mit den Abrechnungen noch schwierig. Personelle Konsequenzen habe es keine gegeben. „Es gibt nicht den einen Schuldigen“, betont Matiszick.

Das Daten-Desaster und die daraus entstandenen Finanzlöcher seien eine vorübergehende Situation. „Das Geld ist ja nicht weg, es kommt nur später“, sagt die Geno-

Sprecherin. Trotzdem fehlen zunächst einmal die liquiden Mittel – bei einem Verbund, der ohnehin vor der Insolvenz steht, sollte nicht kräftig gegengesteuert werden (siehe nebenstehenden Artikel). Matiszick warnt dennoch vor übertriebener Sorge: „Das bringt uns nicht an den Rand der Zahlungsunfähigkeit.“

Die CDU hat unterdessen vom Senat einen Bericht zu den Abrechnungsproblemen bei der Geno gefordert. Ursache und Folgen der Schwierigkeiten sollten im Haushalts- und Finanzausschuss erörtert werden, heißt es in einer Mitteilung von gestern. „Die städtischen Kliniken machen

jeden Monat fast drei Millionen Euro Verlust. Sie sind in ihrer Existenz bedroht und brauchen jeden Euro“, erklärt die finanzpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Gabi Piontkowski. Angesichts dieser bedrohlichen Lage sei es völlig unverständlich, dass das zuständige Gesundheitsressort offenbar nicht angemessen auf die Probleme reagiert habe. Nicht einmal die Gremien der Bürgerschaft seien offiziell über die Panne und deren Ausmaß informiert worden. Piontkowski: „Ich erwarte Aufklärung, weshalb bis zur Behebung der Probleme nicht auf das alte, funktionierende Abrechnungssystem umgestellt wurde.“

## Heute beginnt die Zukunft

**Bremen (wig).** Für den städtischen Klinikverbund Gesundheit Nord (Geno) ist klar, wann die Zukunft beginnt: Heute. Sogar die Uhrzeit steht fest. Um 11 Uhr beginnt eine Sondersitzung des Aufsichtsrats, der sich mit einem umfangreichen Papier zur Situation und vor allem zur Perspektive der kommunalen Krankenhäuser befasst. Der Titel der Geno-Gesamtschau: „Zukunftsplan 2017.“ Das Konzept ist fertig und wurde sofort anschließend der Spitze des Gesundheitsressorts zugeleitet.

Dieser Plan zeigt auf, dass die Gesundheit Nord unter anderem mit organisatorischen und medizinisch-fachlichen Veränderungen die wirtschaftlichen Sorgen deutlich lindern kann. Gleichwohl bleibt, wie es heißt, eine Finanzlücke, so dass die Eigentümerin, die Hansestadt Bremen, angesprochen ist. Die wiederum hat ebenfalls schon einen Termin auf der Tagesordnung: Für den 11. Juni wird erwartet, dass der Senat über den Zukunftsplan der Geno entscheidet und auch klar macht, welches – vor allem finanzielle – Engagement in den kommenden Jahren geboten ist.

Es geht um die langfristige Sicherung der städtischen Dachgesellschaft Gesundheit Nord mit ihren fast 8000 Beschäftigten und den vier Standorten in Bremen-Ost, Mitte, Nord und Links der Weser. Für heute ist auf jeden Fall die Zeit von 11 Uhr bis vor-

aussichtlich 14 Uhr reserviert, damit der Aufsichtsrat, in dem hochrangige Vertreter aus Rathaus, Gesundheitsbehörde und Gewerkschaften einen Sitz haben, in einer Sondersitzung über diesen „Zukunftsplan 2017“ diskutieren können, in dem die Geno auf fast hundert Seiten ihre Strategie zur Stabilisierung des Krankenhausverbunds zusammengefasst hat.

In dem Papier geht es unter anderem um die Qualitätssicherung, um eine Verbesserung von Arbeitsabläufen und gezielt auch der Einkäufe für die Krankenhausbetriebe, es geht um eine optimale Zuordnung von medizinischen Aufgaben und die Betonung von fachlichen Schwerpunkten, was der Auslastung der Häuser zugute käme. Es soll Personal abgebaut werden, aber nicht über betriebsbedingte Kündigungen, sondern beispielsweise durch Fluktuation und das Angebot an Ältere, früher in den Ruhestand zu gehen. Mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket, aus dem dies nur einige Facetten sind, will die Geno ihren Teil dazu beitragen, dass der Verbund gestärkt und zukunftssicher gemacht wird.

Wenn dann der Senat am 11. Juni zusammenkommt, wird beraten, welche finanziellen Beiträge der städtischen Eigentümerin notwendig wären, damit dieser „Zukunftsplan 2017“ auch verwirklicht werden kann.

ANZEIGE

**RÄUMUNGS-VERKAUF**

Wegen Umbau

**20%**

auf Alles

vom 23. Mai 2013 - 8. Juni 2013

**Leffers**  
• Treffpunkt Mode

Breite Straße 14-16 · 28757 Bremen-Vegesack · Telefon 04 21 - 66 05 77 · www.leffers.de  
Täglich von 9.30 bis 19.00 Uhr, Samstag von 9.30 bis 18.00 Uhr